

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Hans-Joachim Seeler MdEP  
zum Tod von Altiero Spini-  
nelli: Europa hat einen  
Freund verloren.

Seite 1

Horst Peter MdB zum FDP-  
Parteitag: Die „Partei der  
Moderne“ ist nicht auf der  
Höhe der Zeit.

Seite 3

Heinz Köhler zum Umgang  
der bayerischen Regierung  
mit Landrat Schuierer: Auf  
dem Weg zum Obrigkeits-  
staat.

Seite 4

Christa Randzio-Plath zum  
SPD-Zukunftsprogramm  
Dritte Welt: Schlüsselrolle  
der Frauen berücksichtigen.

Seite 5

Dokumentation  
Der bayerische SPD-Land-  
tagsabgeordnete Horst Hein-  
rich hat Innenminister Hil-  
lermeier auf die nach  
Tschernobyl eingetretene  
Verseuchung bayerischen  
Rindfleisches hinweisen  
müssen, weil die Behörden  
des Freistaates dies nicht  
registriert hatten. Wortlaut  
seines Briefes

Seite 6

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

41. Jahrgang / 97

26. Mai 1986

Europa hat einen Freund verloren!

Zum Tod von Altiero Spinelli

Von Dr. Hans-Joachim Seeler MdEP  
Stellvertretender Vorsitzender des Institutionellen Ausschusses  
des Europäischen Parlamentes

Altiero Spinelli ist tot! Für alle, die viele Jahre hindurch mit ihm für die Reform der EG und ihre Weiterentwicklung zur politischen Union gearbeitet und politisch gekämpft haben, ist sein Tod ein schwerer, kaum zu ersetzender Verlust. Wer wird nun die Mitglieder des Institutionellen Ausschusses immer wieder aufrütteln und mitreißen, wer wird mit immer neuen Ideen und viel politischer Phantasie den mühsamen und langen Weg zur Europäischen Politischen Union weisen? Wer wird die Vision, ja die Utopie eines endlich einigen politischen Europas wachhalten?

Altiero Spinelli war Europäer, nicht nur aus tiefer Überzeugung von der Notwendigkeit, den Völker trennenden nationalen Egoismus zu überwinden, um den Europäern die Selbstbestimmung ihrer Zukunft zu erhalten, sondern auch aus sehr pragmatischen Gründen. Er wußte, daß Europas wirtschaftliche und politische Stärke in seiner Einheit liegt. Kompromißlos und auch mit Härte kämpfte er für diese Ziele. Lange bevor sich Europapolitik in der Alten Welt durchzusetzen begann, gründete er 1943 in Mailand im politischen Untergrund die Europäische Föderalistische Bewegung.

Ungeduldig, ja unduldsam konnte er werden, wenn die Debatten im Institutionellen Ausschuss wortreich und inhaltlos wurden. „Seeler, Du mußt jetzt sagen, daß wir nicht soviel reden, sondern handeln müssen, wir müssen die Völker Europas aufrufen, wenn wir mit Europa voran kommen wollen, sie müssen eine verfassungsgebende Versammlung wählen. Nur diese Sprache verstehen die Regierungen!“ so flüsterte er mir zu, als wir über das Für und Wider eines Plebiszits über die Europäische Union diskutierten.



Der Entwurf eines Vertrages über die Gründung einer Europäischen Politischen Union war für ihn nur ein erster Schritt. Er war zu ungeduldig, um auf die Stellungnahme aller nationalen Parlamente zu warten. Er wollte einen neuen Schritt; die Völker Europas sollten zu einer Volksabstimmung über die Politische Union aufgerufen werden und das neue Europäische Parlament als Verfassungsgebende Versammlung wählen. Nur schwer war ihm zu erklären, daß Volksabstimmungen in vielen Mitgliedstaaten verfassungsrechtlich nicht möglich sind.

Zielstrebigkeit und Hartnäckigkeit bei der Erreichung einmal für richtig und notwendig erkannter politischer Ziele, Aufrichtigkeit und Standhaftigkeit in seiner politischen Haltung, das waren die hervorragenden Charaktereigenschaften Altiero Spinellis in seinen 79 Lebensjahren. Zehn Jahre Haft und sechs Jahre Verbannung mußte er erdulden, weil er den europäischen Faschismus bekämpfte. Er verließ die KPI, weil ihre politische Orientierung von ihm nicht mehr mitgetragen werden konnte, aber er blieb in der Fraktionsgemeinschaft der Kommunisten im EP, weil sie ihm ein Mandat ermöglichte. 1970 wurde er einer der italienischen Kommissare in Brüssel.

Der Institutionelle Ausschuß des Europäischen Parlaments und vor allem der Vertragsentwurf zur Gründung einer Europäischen Politischen Union waren zu allererst sein Werk. In einem der teuersten Straßburger Restaurants „Crocodile“ gründete er den gleichnamigen Club. Warum dieser Name, fragte ich ihn einmal, weil er in allen Sprachen verstanden wird und Aufsehen erregt, war seine Antwort. Aufsehen erregte auch, daß es ihm und den aktiven Mitgliedern des Club Crocodile gelang, die überwiegende Mehrheit des Parlamentes zur Unterstützung eines Antrages zu bewegen, mit dem ein Sonderausschuß eingesetzt wurde, der den erwähnten Vertragsentwurf ausarbeiten sollte. Seiner Hartnäckigkeit ist es zu verdanken, daß das Parlament am 14. Februar 1984 diesen Vertragsentwurf mit großer Mehrheit beschloß und damit den Anstoß zur Reform der Römischen Verträge gab.

Persönlich war Altiero Spinelli den Deutschen und Deutschland eng verbunden; seine Frau stammte aus Berlin. Er beherrschte unsere Sprache und lebte in unserer Kultur, wie nur wenige Italiener. Altiero Spinelli war ein großartiger Europäer. Es wird lange dauern, ehe sich die Lücke, die sein Tod hinterläßt, wieder schließen wird.

(-/26.5.1986/rs/ks)

\* \* \*



Die FDP bleibt die Atom-Partei

Obwohl die Liberalen vorgeben umzudenken, wird sich nichts ändern

Von Horst Peter MdB

Lange vor Tschernobyl plante die FDP ihren Hannoveraner Parteitag. Der Partei der Flexibilisierung ist es jedoch nicht gelungen, sich darauf einzustellen.

Vollmundig deklarierten die Liberalen zwar, „sich mit mutigen Ideen den neuen Herausforderungen“ stellen zu wollen, aber der Mut hat die Liberalen sehr schnell wieder verlassen. Daß die Welt nach Tschernobyl nie mehr so sein wird wie zuvor - die Chance dies zu erkennen und umzusetzen, haben die Liberalen vertan.

Sie hatten die Chance, die strahlende Allianz gegen das Umdenken von Kohl, Albrecht, Zimmermann Gorbatschow und Mitterrand zu verlassen. Da sie darauf verzichteten, wird der Parteitag in den Bergen von verstrahltem Gemüse, CN-Gasschwaden von Wackersdorf, den bayerischen Gasbombenwerfern und dem Sprengmeister Albrecht untergehen.

In der entscheidenden Frage der Atompolitik haben sich die Delegierten zu der Position „Wir sind dafür, aber es darf niemand merken“ durchgerungen. In der Sache ist die FDP jetzt auf dem Stand der Beschlüßlage der SPD von 1977/79 angekommen. Somit hängt die Partei der Moderne zehn Jahre hinter dem Stand der Diskussion zurück.

In der rauhen politischen Realität bedeutet dies: die FDP wird auch weiterhin eine Atompartei bleiben. Lambsdorff sieht das so - und auch die CDU/CSU; Verbindlich sind die Koalitionsabsprachen und die Kabinettsbeschlüsse. Sinn des Hannoveraner Parteitages war, der FDP aus dem Drei-Prozent-Getto herauszuhelfen. So durfte Baum mal wieder ran und mit dem welken Blättchen seiner inneren Liberalität winken; auch Genschers Egotrip Außenminister bleiben zu dürfen, wurde abgesichert.

Aber ob der Sinn dieser Übung aufgehen wird, ist zu bezweifeln. Die Menschen in unserem Lande interessieren sich zu Recht mehr für das Fallout von Tschernobyl und den von der FDP abgesicherten Blackout dieser Regierung als für das Fallobst von Baum und Bangemann. Personal bietet die FDP bangemannpolitisch Pudding dem Wähler an. Gefordert waren aber harte politische Konturen, die FDP jedoch hat das Fähnchen nur herausgehängt, den Wind geprüft und sich dann schnell verstreut. Obwohl die FDP vorgibt umzudenken, bleibt alles beim Alten. (-/26.5.1986/rs/ks)

\* \* \*



Auf dem Weg zum Obrigkeitsstaat

Zum Umgang der bayerischen Staatsregierung mit Landrat Schuiärer

Von Heinz Köhler

Sprecher der SPD-Landräte

Stellvertretender Vorsitzender der sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik  
in Bayern

Die CSU-Staatsregierung hat über das Selbsteintrittsrecht die Landräte entmündigt. Sie hat den Kommunen Äußerungen über Atomwaffen auf Gemeindegebiet verbieten wollen. Sie hat den Städten und Landkreisen keine ausreichenden Informationen nach dem Tschernobyl-Unglück zukommen lassen und die Gefahren verharmlost. Jetzt versucht sie, den Landrat des Landkreises Schwandorf wegen seines WAA-Widerstandes zu disziplinieren. Mit dieser Entwicklung hebeln CSU und Staatsregierung zunehmend die kommunale Eigenständigkeit aus und untergraben die Fürsorge der Landräte und Bürgermeister für ihre Bürger.

Der Landrat ist „Diener des ganzen Volkes, nicht einer Partei“. So steht es in der bayerischen Verfassung. Für seine Bürger, die ihn mit großer Mehrheit gewählt haben, hat sich Hans Schuiärer immer eingesetzt. Deshalb müssen die Vorwürfe die jetzt der Regierungspräsident Krampol - veranlaßt durch das Innenministerium - gegen den Schwandorfer Landrat erhoben hat, ins Leere gehen. Was wird Hans Schuiärer vorgeworfen: Er hat zum legalen und gewaltfreien Widerstand gegen die Wiederaufarbeitungsanlage aufgerufen, er hat auf Anti-WAA-Kundgebungen - beispielsweise zusammen mit dem Bund Naturschutz-Vorsitzenden Hubert Weinzierl - gesprochen und er hat gesagt, daß er Angst vor Strauß und seiner Kernkraft-Verharmlosung hat.

Dem Volk - seinen Oberpfälzern im Landkreis Schwandorf - dient Hans Schuiärer, wenn er die Gefahr einer WAA fernhalten will. Er hat ausschließlich zum legalen Widerstand aufgerufen. Dies ist der Dienst des Landrates am Volk, wie ihn die Verfassung vorschreibt. Demgegenüber verlangt die Staatsregierung Dienst an der DWK-hörigen CSU und ihrer Staatsregierung - zum Schaden des Volkes.

Der Landrat ist nicht nur Staatsbeamter, sondern in erster Linie Vertreter des Landkreises und seiner Bevölkerung. In dieser Eigenschaft muß er es der Staatsregierung sagen dürfen, wenn er ihre Entscheidungen für „gesundheits- und lebensbedrohend“ hält. Doch dies wird Hans Schuiärer im Disziplinarverfahren ebenso vorgeworfen wie die Angst vor Strauß, der eine WAA mit einer Fahradspeichenfabrik vergleicht, und vor einem Innenminister, der Holzbauten von Demonstranten entgegen einer Verfügung des Verwaltungsgerichts entfernen läßt.

Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, dann bedeutet dies: In Zukunft haben alle bayerischen Landräte und Bürgermeister den Mund zu halten. Gewählten Kommunalpolitikern, den Repräsentanten der Selbstverwaltung, wird ein Maulkorb umgehängt und nur die Staatsregierung bestimmt, was richtig ist. Vielleicht sollte man auch gleich die Volkswahl abschaffen, denn mit einem staatlich eingesetzten Landrat - wie von 1939 bis 1946 - regiert es sich leichter. Die CSU und ihre Staatsregierung sind auf dem Weg von der Demokratie zum Obrigkeitsstaat. (./26.5.1986/rs/ks)

\* \* \*



Schlüsselrolle der Frauen in den Entwicklungsländern berücksichtigen

Forderungen an das SPD-Zukunftsprogramm Dritte Welt

Von Christa Randzio-Plath

Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Das SPD-Zukunftsprogramm Dritte Welt enthält eine politische Vision, die die AsF teilt. Militarisierung ist eine Ursache von Unterentwicklung. Abrüstung und Entwicklung führen zum Frieden. Abrüstung kann Mittel zur Entwicklung freimachen. Gerade im UN-Jahr des Friedens ist es wichtig, daß die besondere Rolle der UNO im Entwicklungsprozeß unterstrichen wird.

Frieden kann es aber nur geben, wenn soziale Konflikte in der Dritten Welt verhindert werden. Deswegen muß ein SPD-Zukunftsprogramm Dritte Welt insbesondere die Schlüsselrolle der Frauen im Entwicklungsprozeß der Dritten Welt berücksichtigen. Es geht nicht nur um mehr Geld für Entwicklungshilfe und Entwicklungsplanung, sondern auch um andere soziale und kulturelle Strukturen des Entwicklungsprozesses. Die gewachsenen Strukturen der Länder müssen hierbei berücksichtigt werden.

Die AsF fordert daher:

1. Die Integration der Frauen in die Entwicklungsplanung der Dritte Welt-Länder und in die Entwicklungshilfeprogramme der Industrieländer muß stärker als bisher gefördert werden. Frauen sind Trägerinnen der Entwicklung. Sie müssen an finanziellen und organisatorischen Entscheidungen über Entwicklungsplanung und Vergabe von Entwicklungsgeldern beteiligt werden.
2. Es ist vordringlich, daß Mittel vor allem für Frauen in ländlichen Gebieten verwandt werden; denn Frauen sind diejenigen, die die Versorgung ihrer Länder und Familien garantieren. Darüber hinaus ist es vordringlich, daß Ausbildungs- und Arbeitsplatzprojekte gefördert werden. Nicht nur staatliche Projekte sollen hier gefördert werden, es müssen auch Gelder für Frauenprojekte von Nichtregierungsorganisationen gefördert werden.
3. Die AsF unterstreicht ihr Engagement für eine weitere Weltfrauenkonferenz vor dem Jahr 2000. Die Gleichberechtigung wird UNO-weit nicht umgesetzt werden können, wenn Frauen in der Dritten Welt nicht die Chance erhalten, zu bilanzieren, was für ihre Einbeziehung in den Entwicklungsprozeß der Länder von seiten der Länder der Dritten Welt und von seiten der Industrieländer getan worden ist. Die AsF fordert insbesondere die Bundesregierung Deutschland und die Europäische Gemeinschaft auf, alles dafür zu tun, daß eine weitere Weltfrauenkonferenz und ein Forum der Nichtregierungsorganisationen spätestens 1995 stattfindet.
4. Die AsF unterstreicht ihr Engagement für eine neue Weltwirtschaftsordnung. Auch wenn diese auf absehbare Zeit noch nicht erreichbar sein wird, können doch politische Initiativen gestartet werden, die in Richtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung gehen. Hier fordert die AsF insbesondere ein klares Bekenntnis der Bundesrepublik Deutschland und der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zu folgenden Forderungen:
  - a. Zwangsprostitution und Sex-Tourismus müssen verboten werden. Frauenhandel darf nicht möglich sein.
  - b. Frauen in den freien Produktionszonen müssen durch verbindliche Konventionen der Unternehmen, Mindeststandards hinsichtlich der Entlohnung und der Arbeitsbedingungen gegeben werden.

Eine gemeinsame Initiative der Frauen in der Dritten Welt und der Frauen in den Industrieländern sollte möglich machen, daß diese Forderungen Wirklichkeit werden. (-/26.5.1986/rs/ks)

\* \* \*



**DOKUMENTATION**Wie verseucht ist das Fleisch nach Tschernobyl?

Das Schweigen der bayerischen Staatsregierung zu den Tschernobyl-Folgen führt nach Ansicht des bayerischen SPD-Landtagsabgeordneten und Umweltpolitikers Horst Heinrich zu einer katastrophalen Verunsicherung der Nahrungsmittelerzeuger und Verbraucher. Dies umso mehr, als die Berliner Gesundheitsbehörde Rindfleisch aus Bayern wegen zu hoher Strahlenwerte sichergestellt hat. Das Fleisch war mit Isotopen des Radionukleids Caesium (Caesium 137 und Caesium 134) belastet. In einem Brief hat der Politiker jetzt den bayerischen Innenminister zum Handeln aufgefordert. Er verlangt Untersuchungen der verschiedenen Fleischsorten durch Gesundheitsämter, durch die Lebensmittelkontrolle und durch die Schlachthöfe und sofortige Bekanntgabe der Ergebnisse ebenso wie die Festlegung eines Grenzwertes für Fleisch und Fleischprodukte durch die bayerische Staatsregierung, nachdem die dafür eigentlich zuständige Strahlenschutzkommission in Bonn „wieder einmal auf Funkstille“ geschaltet habe.

Der Brief des SPD-Abgeordneten an Hillermeier im Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Staatsminister,

die Berliner Gesundheitsbehörde hat vor zwei Tagen Rindfleisch aus Bayern wegen zu hoher Strahlenwerte sichergestellt. Das Fleisch war mit Isotopen des Radionukleids Caesium belastet.

Der Bayerische Bauernverband hat von den Behörden klare Antworten hinsichtlich der Vermarktung, Verwertung und Verzehr landwirtschaftlicher Produkte verlangt. Leider hat die Strahlenschutzkommission keine Aussagen zur Caesium-Belastung des Fleisches gemacht und keine Höchstwerte dazu festgelegt. Das bedauere ich, weil dadurch sehr unterschiedliche Interpretationen ermöglicht werden.

Das Schweigen der Strahlenschutzkommission entbindet aber meines Erachtens den Freistaat Bayern nicht von seiner Verantwortung, für Fleisch und Fleischprodukte die radioaktive Belastung zu erfassen und zu veröffentlichen. Das Strahlenminimierungsgebot der Strahlenschutzverordnung verpflichtet uns, durch Feststellung der Werte dem Bürger zu ermöglichen, Strahlenbelastungen im eigenen Bereich unter Umständen ganz zu verhindern, zumindest aber zu verringern. Fleischerzeuger, Fleischverarbeiter und Verbraucher erwarten deshalb klare Informationen.

Deshalb bitte ich Sie, folgende Maßnahmen in Bayern durchzuführen:

1. Stichprobenhafte Untersuchungen von Fleisch und Fleischprodukten insbesondere auf ihren Caesiumgehalt, und Veröffentlichung dieser Werte. Die Untersuchungen sollen insbesondere durch die Landesämter für das Gesundheitswesen für ganz Bayern durchgeführt werden.
2. Festlegungen, ab welchem Caesiumwert Fleisch und Fleischprodukte nicht mehr in den Verkehr gebracht werden sollen. Auch wenn keine Höchstwerte bundesweit festgelegt worden sind, gilt es, Strahlenbelastungen, die keinen Verzehr mehr zulassen, als solche zu bezeichnen. Dies kann insbesondere für bestimmte Fleischprodukte wie beispielsweise Blutwurst gelten, da sich im Blut Caesium ähnlich wie das ungefährliche Kalium sehr stark konzentrieren kann.
3. Anweisungen an die staatliche Lebensmittelkontrolle und an die Schlachthöfe, von sich aus Überprüfungen des radioaktiven Gehaltes - insbesondere des Caesiumgehaltes in Schlachtvieh und in Fleischprodukten - durchzuführen.

Wenn weiterhin keine definitiven Aussagen getroffen werden, wird die Verunsicherung des Verbrauchers durch Einzelwerte zunehmen. Der Bürger hat ein Anrecht auf Klarheit und Wahrheit. Es wäre geradezu widersinnig, angesichts hochqualifizierter Landesämter und geschulten Personals durch Schweigen Probleme, die uns alle berühren, auszusitzen.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Horst Heinrich, MdL“

(-/26.5.1986/rs/ks)